

# GRÜNE UNTERSTÜTZEN BUNDESWEITE PROTESTE AN DEN HOCHSCHULEN



## Für eine kritische Wissenschaft und einen chancengerechten Hochschulzugang

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag unterstützen die bundesweiten Protestwochen an den Hochschulen, die auf wichtige Missstände an unseren Hochschulen aufmerksam machen. Die Chancenungleichheit im deutschen Bildungssystem ist ein Skandal. Statt die Bildungschancen zu erhöhen, wird diese Tendenz von der aktuellen Politik der Bundesregierung und der Landesregierung noch weiter zementiert. Aber nicht nur das. Der Ruf nach Autonomie der Hochschulen und die Bologna-Reform werden dazu missbraucht, Hochschulen immer mehr nach den Verwertungskriterien der Wirtschaft auszurichten. Das ist falsch, denn gerade an Hochschulen müssen Kreatives, Unorthodoxes und auch Streit zugelassen werden, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

## Die Reform der Reform ist jetzt nötig – nicht erst am Sankt Nimmerleinstag

Wir Grüne stehen hinter dem Ziel von Bologna. Die Idee von akademischer Freiheit, von Chancengleichheit und von demokratischer Beteiligung wurde aber nicht nur vernachlässigt, sondern geradezu konterkariert. Dass eine ‚Reform der Reform‘ dringend nötig ist, bestreitet inzwischen niemand mehr. Die verantwortliche Wissenschaftsministerin aber schiebt die Verantwortung auf die Hochschulen ab statt selbst zu gestalten. Das ist feige und mutlos. Wir fordern die schnelle Einberufung eines Runden Tisches mit allen Betroffenen. Ziele dabei sind: Das Recht auf ein Teilzeitstudium, mehr Wahlfreiheit und zeitliche Freiräume in den Modulen der Studiengänge, ausreichend Masterstudienplätze, vereinfachte Anerkennungen von Prüfungsleistungen für mehr Mobilität, sieben- oder achtsemestrige Bachelorstudiengänge und weniger Akkreditierungswut.

## Autonome Hochschulen funktionieren nur mit einem Mehr an Demokratie

Wer kreative, kritische und innovative Hochschulen will, darf deren Leitung nicht nur in die Hände einiger weniger geben. Schon gar nicht in die Hände eines externen Gremiums wie dem Hochschulrat. Im Gegenteil: Für gute Hochschulen ist es unerlässlich, dass die Entscheidungen gemeinsam besprochen und demokratisch ausgehandelt werden. Und zwar unter allen an Wissenschaft beteiligten; den Professorinnen und Professoren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ganz besonders den Studierenden. Gerade für das Mitspracherecht der Studierenden ist eine gesetzliche Beibehaltung der einheitlichen Interessenvertretung der Studierenden genauso notwendig wie die konsequente Abschaffung der 25%-Hürde, nach der den Studierendenschaften bei geringer Wahlbeteiligung nur ein Teil ihrer Mittel zugewiesen werden.